Susanne Rippl · Dirk Baier · Klaus Boehnke
unter Mitarbeit von
Angela Kindervater und Andreas Hadjar

Europa auf dem Weg nach rechts?

Die EU-Osterweiterung und ihre Folgen für politische Einstellungen in Deutschland, Polen und der Tschechischen Republik

ANALYSEN ZU GESELLSCHAFTLICHER INTEGRATION UND DESINTEGRATION

VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Susanne Rippl · Dirk Baier · Klaus Boehnke
unter Mitarbeit von Angela Kindervater und Andreas Hadjar

Europa auf dem Weg nach rechts?

Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration

Herausgegeben von Wilhelm Heitmeyer

Die Schriftenreihe ist hervorgegangen aus dem in Bielefeld von Wilhelm Heitmeyer geleiteten und von Peter Imbusch koordinierten Forschungsverbund „Gesellschaftliche Desintegrationsprozesse – Stärkung von Integrationspotenzialen moderner Gesellschaften“ und präsentiert dessen zentrale Forschungsergebnisse. Mit der Leitformel „Stärkung von Integrationspotenzialen“ wird signalisiert, dass moderne Gesellschaften einerseits auf Grund ihrer Entwicklung und Ausdifferenzierung über erhebliche Integrationspotenziale verfügen, um Existenz-, Partizipations- und Zugehörigkeitschancen zu bieten; andererseits verweist sie bereits auf eine Reihe von Problemzusammenhängen. Zielsetzung des Forschungsverbundes war es, durch seine Analysen gravierende Problembereiche moderner Gesellschaften differenziert empirisch aufzuarbeiten, so dass Maßnahmen identifiziert werden können, die zur Stärkung ihrer Integrationspotenziale beitragen können.

Der Forschungsverbund wurde finanziell vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert.

Susanne Rippl · Dirk Baier · Klaus Boehnke

unter Mitarbeit von
Angela Kindervater und Andreas Hadjar

Europa auf dem Weg nach rechts?

Die EU-Osterweiterung und ihre Folgen für politische Einstellungen in Deutschland, Polen und der Tschechischen Republik

VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Auflage Januar 2007

Alle Rechte vorbehalten
© VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2007

Lektorat: Frank Engelhardt

Der VS Verlag für Sozialwissenschaften ist ein Unternehmen von Springer Science+Business Media.
www.vs-verlag.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg
Druck und buchbinderische Verarbeitung: Krips b.v., Meppel
Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier
Printed in the Netherlands

ISBN 978-3-531-14691-1

Inhalt

1	**Europa auf dem Weg nach rechts? Einführende Gedanken**	**9**
2	**Die EU-Osterweiterung in der Rechtsextremismus- und Vorurteilsforschung**	**15**
2.1	Wandlungsprozesse im Kontext der EU-Osterweiterung	15
2.2	Sozialer und politischer Wandel als Mikro-Makro-Problem	18
2.3	Sozialer und politischer Wandel als Bedrohung	21
2.4	Zur Bedeutung des Bedrohungskonzepts für die Rechtsextremismus- und Vorurteilsforschung	24
2.5	Der interkulturelle Vergleich der Wirkung sozialen Wandels durch die EU-Osterweiterung	29
2.6	Zusammenfassung	32
3	**Die Studie**	**33**
4	**Messinstrumente und deskriptive Auswertungen im interkulturellen Vergleich**	**41**
4.1	Wahrnehmung von Europa, der EU und der EU-Osterweiterung	42
4.2	Desintegration	51
4.2.1	Sozial-strukturelle Desintegration	52
4.2.2	Institutionelle Desintegration	60
4.2.3	Sozial-emotionale Desintegration und zusammenfassende Darstellung	63
4.3	Bedrohungsgefühle	66
4.3.1	Realistische und symbolische Bedrohungsgefühle	67
4.3.2	Stereotype und Intergruppenangst gegenüber Deutschen, Polen und Tschechen	78
4.3.3	Auswirkungen von Kontakten und Geschichtsbildern auf Bedrohungsgefühle	88
4.4	Rechtsextreme Einstellungen	95
4.5	Zusammenfassung zentraler Befunde	108
5	**Bedrohungsgefühle als Reaktion auf politischen Wandel durch die EU-Osterweiterung**	**111**
5.1	Bedrohungstheorien als Erklärungsansätze	111
5.2	Eine modifizierte Version der *Integrated-Threat-Theory*	114
5.3	Ergebnisse	117
5.3.1	Der Zusammenhang von Bedrohungsgefühlen und sozioökonomischen Hintergrundvariablen	118
5.3.2	Bedrohungsgefühle als Katalysator für ethnozentrische Orientierungen?	119
5.3.3	Bedrohungsgefühle und deren Folgen in kulturvergleichender Perspektive	123
5.4	Zusammenfassung	128

6	**Desintegration, Deprivation, Autoritarismus und Bedrohungsgefühle** (von *Andreas Hadjar*)	**131**
6.1	Das klassische Konzept der autoritären Persönlichkeit	131
6.2	Situationale Faktoren und „autoritäre Reaktion"	132
6.3	Autoritarismus und Bedrohungserleben	134
6.3.1	Instrumentenentwicklung und deskriptive Befunde	134
6.3.2	Autoritarismus und EU-Osterweiterung - Hypothesen	139
6.4	Ergebnisse	141
6.4.1	Bestimmungsfaktoren von Autoritarismus	143
6.4.2	Autoritäre Einstellungen und Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Nationalismus	146
6.4.3	Bedrohungswahrnehmungen und ihre Bedeutung für den Zusammenhang zwischen Autoritarismus und den Folge-Einstellungen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Nationalismus	146
6.5	Zusammenfassung	148
7	**EU-Osterweiterung und die Mobilisierung von Dominanzideologien**	**151**
7.1	Theoretische Überlegungen	151
7.2	Erfassung von Hierarchischem Selbstinteresse (HSI)	155
7.3	Ursachen und Folgen von HSI	161
7.4	Zusammenfassung	166
8	**EU-Osterweiterung als Mobilisierungsschub für rechte Einstellungen**	**169**
8.1	Theoretische Überlegungen	169
8.2	Ergebnisse	173
8.2.1	Ursachen für Bedrohungsgefühle	173
8.2.2	Die Mobilisierungswirkung der EU-Osterweiterung für ethnozentrische Einstellungen – ein Integrationsmodell	175
8.2.3	Ursachen der Einstellung zur EU-Osterweiterung	179
8.3	Zusammenfassung	181
9	**Was tun? Ergebniszusammenfassung und Konsequenzen**	**183**
	Literatur	**191**
	Autorinnen und Autoren	**203**

Vorwort

Die gegenwärtigen sozioökonomischen und politischen Entwicklungen in den westlichen Industriegesellschaften sind von unübersehbaren Ambivalenzen geprägt. Soziale und politische Umbrüche der letzten fünfzehn Jahre und die damit einher gehenden Umstellungszumutungen haben für zahlreiche Menschen neue Chancen eröffnet, gleichzeitig aber auch vielfältige wirtschaftliche und politische Risiken (Zugangsprobleme zum Arbeitsmarkt, mangelnde positionale und emotionale Anerkennung, Teilnahmeprobleme an einzelnen gesellschaftlichen Subsystemen, Sinnlosigkeitserfahrungen im politischen Alltag, abnehmende moralische Anerkennung, exklusiver werdende Leistungs- und Verteilungsstrukturen sowie labile oder fragile Gemeinschaftszugehörigkeiten) herauf beschworen, welche die Integrationsproblematik moderner Gesellschaften verschärfen und Desintegrationsprozesse befördern. Nicht nur in Deutschland ist in den letzten Jahren die soziale Ungleichheit größer geworden; Ideologien der Ungleichwertigkeit, Menschenfeindlichkeit und menschenverachtende Gewalt sind deutlich hervor getreten. Damit gehören Fragen nach der Integrationsfähigkeit moderner Gesellschaften wieder ganz oben auf die gesellschaftspolitische Agenda.

Die sich in einer Vielzahl von Aspekten zeigenden Desintegrationstendenzen in den westlichen Gesellschaften haben zum Aufbau eines interdisziplinären Forschungsverbundes zum Thema „Desintegrationsprozesse – Stärkung von Integrationspotenzialen einer modernen Gesellschaft" an der Universität Bielefeld geführt, der über mehrere Jahre vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziell gefördert wurde. Ziel der im Rahmen dieses Programms intendierten Forschung war es, wichtige Erkenntnisse zu Integrationsproblemen moderner Gesellschaften beizusteuern und jenen Entwicklungen auf den Grund zu gehen, deren negative Folgen zentrale normative Kernelemente dieser Gesellschaft gefährden.

Die Identifikation problematischer Entwicklungsverläufe und die Beschreibung und Erklärung von Einflussfaktoren für die Stärkung der Integrationspo-

tenziale dieser Gesellschaft wurde auf unterschiedlichen Ebenen und in verschiedenen Projektzusammenhängen thematisiert.

Das Projekt von Klaus Boehnke und Susanne Rippl mit ihrer Arbeitsgruppe fokussiert auf die Frage, ob die Erweiterung der Europäischen Union um osteuropäische Gesellschaften wie Polen und Tschechien in der Wahrnehmung vor allem der Bewohner in Grenzregionen solche Desintegrationsängste aufkommen lässt, die mit feindseligen Mentalitäten verbunden werden. Die Autorengruppe stellt daher die Frage, ob sich solche Regionen durch spezifische Bedrohungsgefühle oder auch feindselige Reaktionen auf den politischen Wandel auszeichnen. Die Bedrohungsgefühle werden als Katalysator für ethnozentrische Orientierungen angesehen. Der Zusammenhang von Desintegrationsbefürchtungen und fremdenfeindlichen, antisemitischen und nationalistischen Einstellungen wird im Zusammenhang mit autoritären Haltungen interpretiert. Von zentraler Bedeutung sind dann Fragen nach möglichen Mobilisierungspotenzialen, die an Dominanzideologien anknüpfen.

Insgesamt kommen die Autoren mit Hilfe eines komplexen Forschungsdesigns zum Ergebnis, dass Grund zu der Annahme besteht, dass die EU-Osterweiterung zu einer Stärkung rechtsextremer, nationalistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Einstellungen beiträgt. Die Autoren zeigen aber auch die vielschichtigen Variationen auf, die in den verschiedenen nationalen Kontexten relevant sind, so dass zu Recht vor schematischen Annahmen gewarnt wird. Aber auch bei positiven Entwicklungsannahmen gilt es, nicht die historischen Vorgänge aus den Augen zu verlieren, wenn etwa zur Abwehr von Bedrohungsgefühlen die Aufwertung der Eigengruppe eine nicht zu unterschätzende Brisanz erhält.

Bielefeld, im Dezember 2006 Wilhelm Heitmeyer/Peter Imbusch

1. Europa auf dem Weg nach rechts? Einführende Gedanken

Im Mai 2004 traten zehn Länder der bis dahin 15 Staaten umfassenden Europäischen Union bei. In Deutschland wurde dieser Schritt für gewöhnlich unter der Überschrift „EU-Osterweiterung" diskutiert, obwohl ja auch die Mittelmeer-Inselstaaten Zypern und Malta beitraten. Schon dem Begriff EU-*Ost*erweiterung haftet etwas Bedrohliches an, denn über Jahrzehnte wohnte im Osten der ‚Feind'. Und nun sollte der vormalige Feind ‚einer von uns' werden. Aber auch aus der Sicht der Beitrittsstaaten ist der Beitritt keineswegs ein nur positives Ereignis, auch hier gibt es historisch begründete Ressentiments, die Ängste vor der Vereinnahmung durch den „früheren Feind" begründen. Zudem zeigen sich zwischen den Etablierten und den Beitrittsländern zum Teil deutliche wirtschaftliche und kulturelle Unterschiede (Gerhards 2005).

Nicht, dass die Überwindung alter Feindschaften durch Verträge in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg ohne Tradition wäre. Bereits die Gründung der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit den Römischen Verträgen 1957 war ein Akt der Integration des vormaligen Feindes gegen den neuen Feind: Der Westteil Deutschlands wurde in eine Allianz mit Italien, Frankreich und den Beneluxstaaten eingebunden, um im Kalten Krieg einen wirtschaftlich starken Block gegen die Staaten des Warschauer Vertrages zu schmieden. Nachdem Charles de Gaulles „Europa der Vaterländer" ausgedient und auch das Vereinigte Königreich den Weg in die EU gefunden hatte, wurden 1986 zwei weitere ehemalige ‚Feinde' integriert, nämlich die über Jahrzehnte faschistisch regierten Staaten der iberischen Halbinsel, Spanien und Portugal.

Im Laufe ihrer Geschichte entwickelte sich die vormalige EWG zunächst zur Europäischen Gemeinschaft (EG), später dann zur Europäischen Union (EU); auch die während des Kalten Krieges neutralen Staaten Österreich, Schweden und Finnland traten ihr bei.

Die EU war nach 1990 nicht das einzige Staatenbündnis, das Veränderungen unterworfen war: Recht schnell, nämlich 1999, waren nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus einige unmittelbar an Mitteleuropa angrenzende Staaten des Warschauer Vertrages der NATO beigetreten (Polen, Tschechien und Ungarn); 2004 folgten in der bis dahin größten Erweiterungsrunde – von der breiten Öffentlichkeit in Deutschland weitgehend unbemerkt – die baltischen Staaten, die Slowakei, Slowenien, Bulgarien und Rumänien.

Anders als unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Vereinigung Europas vielen Menschen nach 55 Millionen Kriegstoten und 6 Millionen in Vernichtungslagern Ermordeten ein Herzensthema war, trafen die verschiedenen Erweiterungsschritte der EWG/EG/EU in den bereits der Staatengemeinschaft angehörenden Ländern nur sehr selten auf ein nennenswertes Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Die verschiedenen Bei-

tritte waren Projekte der politischen Eliten, betrieben aus sehr unterschiedlichen Motiven heraus, die hier im Einzelnen nicht diskutiert werden können. Gleiches gilt für die so genannte EU-Osterweiterung; sie basierte nicht auf ‚Volkes Wille', sondern entsprang zunächst dem Gedanken der politischen Elite, zwischen Russland und der EU keine instabilen Pufferstaaten entstehen zu lassen (Neuss 2003). Auch die Eindämmung möglicher neuer und in der Erinnerung noch sehr frischer Hegemonialansprüche Russlands dürfte ein starkes Motiv für die schnelle Inangriffnahme der Integration osteuropäischer Staaten in die EU gewesen sein.

Aber erkennen auch die Menschen in den EU15-Ländern die Erweiterung der Staatengemeinschaft als Zeichen der Zeit? Die Zustimmung zur Erweiterung erreichte in diesen Ländern nie überwältigende Mehrheiten (mit Ausnahme von Griechenland, Italien und Spanien, wo zeitweise Zwei-Drittel-Mehrheiten zu beobachten waren). In Deutschland schwankte die Zustimmung in den letzten Jahren zwischen etwa einem Drittel und der Hälfte der Bürgerinnen und Bürger (Kroh 2005). Wenn also klar ist, dass knappe bis deutliche Mehrheiten der deutschen Bevölkerung der EU-Osterweiterung indifferent oder gar ablehnend gegenüber zu stehen scheinen, welche Folgen hat diese Stimmung dann? Wenn nennenswerte Prozentsätze der Deutschen gar Besorgnisse und Ängste mit dem Erweiterungsschritt in Verbindung bringen, ist dies dann als folgenloses Psychogramm deutscher Befindlichkeit zu sehen oder hat es Konsequenzen für die politische Kultur in Deutschland, für alltägliches politisches Handeln von Bürgerinnen und Bürgern?

Und wie sieht es in den Beitrittsländern aus? Hier gab es in der Regel deutliche Mehrheiten für einen EU-Beitritt, sei es in Referenden oder in Meinungsumfragen (Europäische Kommission—Vertretung in Österreich 2003). Bedeutet dies, dass die Menschen dort sorgloser und hoffnungsvoller in die Zukunft sehen? Gibt es dort eine Modernisierungseuphorie oder haben wir auch in Polen und der Tschechischen Republik, denen in diesem Band die hauptsächliche Aufmerksamkeit gilt, mit einer Hinwendung zum Euroskeptizismus zu rechnen? Erste Anzeichen für den letzteren Trend gibt es bereits: In Polen hat es bald nach dem Beitritt des Landes zur EU eine nicht zu unterschätzenden Ruck hin zum nationalistisch gefärbten politischen Lager gegeben. In der Tschechischen Republik ist die Lage ganz allgemein unübersichtlich, von EU-Euphorie ist nur noch wenig zu spüren. Sowohl in Polen als auch in der Tschechischen Republik überwiegt inzwischen die Skepsis, wenn Bürgerinnen und Bürger gefragt werden, was sie in den nächsten Jahren für sich persönlich von der EU erwarten (Eurobarometer 2006).

Ohne Zweifel befindet sich der ‚alte Kontinent' seit dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums in einer Phase beschleunigten sozialen Wandels. Die Diskussion, ob Europa in diesem Prozess Motor, Opfer oder einflussarmes Zahnrädchen ist, kann an dieser Stelle dahingestellt bleiben. Auch ob der Prozess lange überfällig war und deshalb begrüßenswert ist oder eine gigantische Fehlentwicklung darstellt, der man sich mit allen Mitteln widersetzen sollte, ist hier nicht Untersuchungsgegenstand. Das Interesse des Forschungsteams, das hier seinen Bericht über eine vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft im Rahmen eines von Wilhelm Heitmeyer ins Leben gerufenen und geleiteten Forschungsverbundes durchgeführte Studie vorlegt, galt den Konsequenzen der EU-Osterweiterung für die politische Kultur in Deutschland und die angrenzenden Regionen Polens und der Tschechischen Republik.

Ausgangsüberlegung unserer Studie war eine These, die ihren intellektuellen Ursprung in der Auseinandersetzung mit dem Aufstieg des Nationalsozialismus im Deutschland der späten 20er und frühen 30er Jahre des 20. Jahrhundert hat: Beschleunigter sozialer Wandel, den es damals gab und den es heute wieder gibt, schürt Besorgnisse und Ängste von Bürgerinnen und Bürger und führt zu einem kompensativen Nationalismus. Beschleunigtem sozialen Wandel, hier in Form eines europaweiten Transformationsprozesses, haftet für viele Bürgerinnen und Bürger etwas Unheimliches, etwas Bedrohliches an, dem sie – so unsere These – durch verstärkte Besinnung auf kollektive Identitäten, auf nationale Zugehörigkeiten zu begegnen suchen: Sicherheit im Kollektiv als eine Form der Bewältigung von makrosozialem Stress, wie wir gefühlte politisch verursachte Bedrohungen in einem ganz anderen Kontext einmal genannt haben (Boehnke et. al. 1993).[1] Ähnlich wie dies auch für die Zeit des Aufstiegs des Nationalsozialismus in Deutschland in den frühen 1930er Jahre belegt worden ist (Falter et al. 1986), kommt es dabei nicht so sehr darauf an, ob Menschen objektiv und je individuell von Folgen des beschleunigten sozialen Wandels betroffen sind, ob sie etwa arbeitslos geworden sind oder Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen haben hinnehmen müssen. Wichtig ist vielmehr, ob Menschen dieses befürchten und ob sie ihre kollektive Zugehörigkeit gleichzeitig als angegriffen erleben.

Der hier vorgelegte Band nimmt zunächst in Kapitel 2 eine Standortbestimmung der Bedeutung der EU-Osterweiterung für die Rechtsextremismus- und Vorurteilsforschung vor. In diesem Kapitel wird der soziologisch-sozialpsychologische Ansatz vorgestellt, dem sich das an der Technischen Universität Chemnitz und der International University Bremen durchgeführte Projekt „EU-Osterweiterung als Mobilisierungsschub für rechte Einstellungen?“ verpflichtet fühlt.

In Kapitel 3 wird die eigentliche Studie vorgestellt, eine Repräsentativbefragung der im Gesamtgebiet der Bundesrepublik Deutschland lebenden über 14-jährigen deutschen Staatsangehörigen, ergänzt um drei separate kleinere Repräsentativerhebungen der deutschen, polnischen und tschechischen über 14-Jährigen, die in ihren Ländern in einer Entfernung von maximal 50 km zur Grenze zum Nachbarn leben.

Kapitel 4 stellt alle verwendeten Befragungsinstrumente vor und gibt einen Einblick in die Einzelergebnisse zu diesen Instrumenten für alle vier Teilstichproben, also für Deutschland insgesamt und für die drei in die Untersuchung einbezogenen Grenzregionen. Wir legen auf einen ausführlichen und detaillierten Bericht dieser Daten Wert, weil die Forschung zu Europa bzw. zur EU-Osterweiterung bisher sehr darunter gelitten hat, dass immer wieder dieselben, oft wenig aussagekräftigen Befunde des so genannten Eurobarometers (European Commission 2003) in der sozialwissenschaftlichen Literatur wiederholt worden sind, vertiefte Stimmungsbilder aber bisher nur sehr selten vorgelegt wurden.

In Kapitel 5 greifen wir die in Kapitel 2 vorgetragenen theoretischen Überlegungen zur Bedeutung von Bedrohungsgefühlen im Kontext der EU-Osterweiterung für die Genese nationalistischer Einstellungen auf und unterwerfen unsere zentrale These vom

[1] Damals ging es um den Umgang mit der Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Boden und mit dem Reaktorunfall in Tschernobyl.

Mobilisierungsschub einer ersten Prüfung. Hierbei steht die Bedrohungstheorie von Stephan und Stephan (2000) im Vordergrund des Interesses. Es geht um die Frage, unter welchen personalen und strukturellen Bedingungen der sich in der EU-Osterweiterung manifestierende beschleunigte soziale Wandel tatsächlich zu einem kompensativen Nationalismus führt, der deutliche Berührungspunkte zu rechtsextremen Positionen aufweist. Wichtig ist dabei, dass wir unsere These niemals ausschließlich für Deutschland prüfen, sondern immer auch einen Blick über die Grenzen nach Polen und in die Tschechische Republik werfen. Diese Untersuchungsanlage hilft uns, dem Vorwurf des methodologischen Nationalismus (Smith 1983) zu entgehen, der der Soziologie zu Recht immer wieder gemacht wird (vgl. Beck/Grande 2004), wenn sie ihre Fragestellungen mit Datenmaterial zu bearbeiten sucht, bei dessen Erhebung Gesellschaft mit Nationalstaat gleichgesetzt wird.

Die Kapitel 6 und 7 stellen einen Exkurs dar, bevor in Kapitel 8 ein komplexes Modell zur Genese von Nationalismus im Zuge der EU-Osterweiterung geprüft wird. Kapitel 6, das von Andreas Hadjar verfasst wurde und umfängliche Vorarbeiten von Angela Kindervater aufgreift, beleuchtet die Bedeutung von Autoritarismus für die Artikulation nationalistischer Einstellungen im Zuge des Umgangs mit der EU-Osterweiterung. Das Konzept des Autoritarismus, untrennbar mit dem Namen Theodor W. Adornos und seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verknüpft, sieht Menschen mit bestimmten Sozialisationserfahrungen im Sinne einer Persönlichkeitsdisposition prädestiniert für nationalistische Einstellungen. Das Kapitel diskutiert diesen Ansatz ausführlich und analysiert seine Bedeutung anhand des zur Verfügung stehenden empirischen Materials. Dabei steht ein Vergleich der bayrischen Grenzregion zur Tschechischen Republik mit der sächsischen Grenzregion zum südlichen Nachbarn im Vordergrund.

Kapitel 7 wendet sich einer verwandten personalen Disposition zu, den verinnerlichten Dominanzideologien. Dominanzideologien sind solche Orientierungen, die im Sinne der Verwertungslogik von Marktwirtschaften darauf ausgerichtet sind, sich mehr oder weniger rücksichtslos in Konkurrenzsituationen gegen andere durchzusetzen und die eigenen Interessen, Leistungen und Besitzstände über alles zu stellen. Wir nennen eine solche Orientierung im Rückgriff auf Hagan et al. (1998) ‚Hierarchisches Selbstinteresse' (HSI). Das siebte Kapitel diskutiert die Bedeutung von HSI für die Genese von Nationalismus im Kontext der EU-Osterweiterung.

In Kapitel 8 geht es dann um die Prüfung eines komplexen Gesamtmodells der Genese von nationalistischen Einstellungen im Zuge der EU-Osterweiterung, das verschiedene in dem Buch vorgestellte Erklärungsansätze integriert, um die differentielle Wirkung einzelner Faktoren herauszuarbeiten, Es geht damit um die Frage, ob und – wenn ja – unter welchen personalen und strukturellen Bedingungen sich unsere These vom beschleunigten sozialen Wandel als Auslöser eines Mobilisierungsschubs für rechte Einstellung bestätigen lässt.

In Kapitel 9 bemühen wir uns nicht nur eine griffige Zusammenfassung der Ergebnisse unserer Studie, sondern versuchen auch Konsequenzen für politisches Handeln in Deutschland und Europa aus ihnen abzuleiten. Eine Studie, die ihre Finanzierung Mitteln eines Bundesministeriums verdankt, ist nachgerade verpflichtet, ihre Ergebnisse nicht nur für die Wissenschaft nutzbar zu machen, sondern muss sich auch als Grundlage für Politikberatung verstehen. Diesem Auftrag versuchen wir im letzten Kapitel des hier vorgelegten

Bandes gerecht zu werden.

Die Ankündigung einer ‚griffigen Zusammenfassung' mag manche Leser dieses Buches nun vielleicht verführen, am Ende von Kapitel 1 gleich zu Kapitel 9 vorzublättern. Als Autoren halten wir eine solche Lesestrategie durchaus für legitim. Berichterstatter eines mit komplexen Befragungsdaten operierenden Forschungsprojekts stehen von Anfang an vor der Frage, wie viele Details, wie viele komplexe statistische Auswertungen, wie viele Graphiken und Tabellen sie ihren Leserinnen und Lesern zumuten können und wollen. Wie unschwer zu erkennen sein dürfte, haben wir uns für viele Details, für die Präsentation auch komplexer statistischer Auswertung, für viele Graphiken und Tabellen entschieden. Diese Art der Materialaufbereitung wird sicher manche Leserinnen und Leser strapazieren; auch deshalb wird es für die Rezeption dieses Bandes hin und wieder durchaus hilfreich sein, wenn seine Leserinnen und Leser ihn als Materialsammlung ansehen, aus der man sich die besonders interessierenden Teile gezielt auswählt und bei dessen Lektüre man andere Teile relativ problemlos überspringen kann. Um letzteres zu ermöglichen, haben wir den Band strukturell eher wie eine Aufsatzsammlung angelegt denn als einheitliches Gesamtwerk. Diejenigen Leserinnen und Leser, die sich der Mühe unterziehen, das hier vorgelegte Buch von vorne bis hinten zu lesen (im modernen Wissenschaftsbetrieb und vor allem auch in der Politik sind dies erfahrungsgemäß eher wenige), werden sich vielleicht über manche Redundanzen insbesondere in der Schilderung des der Studie zugrunde liegenden theoretischen Modells wundern. Diese Redundanzen sind nicht der Unaufmerksamkeit der Verfasser geschuldet, sondern sollen die Lektüre einzelner Kapitel erleichtern. Die vorgelegte Monographie versteht sich also in gewisser Weise als Sammelband. Unter Einbeziehung von expliziten Vor- und Rückverweisen lässt sich jedes der im Band enthaltenen Kapitel auch separat ohne zwingende Lektüre des gesamten Buches lesen.

Bevor wir unsere Leserinnen und Leser nun der möglicherweise selektiven Sichtung des Materials überlassen, das wir in diesem Buch vorlegen, gilt es noch Dank zu sagen. Unser besonderer Dank gebührt zu allererst Wilhelm Heitmeyer, ohne den das Projekt nicht zustande gekommen wäre. Wilhelm Heitmeyer hat es verstanden, in dem von ihm geleiteten Forschungsverbund zur „Stärkung von Integrationspotentialen einer modernen Gesellschaft" eine große Anzahl von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mit durchaus sehr unterschiedlichen paradigmatischen Voreingenommenheiten und methodologischen Orientierungen zu einem gewinnbringenden Ganzen zusammenzuführen. Dies ist eine Leistung, die sich auch mit Blick auf andere Forschungsverbünde, wie Sonderforschungsbereiche, Schwerpunktprogramme und Forschergruppen, wie sie von der Deutschen Forschungsgemeinschaft und anderen großen Institutionen der Wissenschaftsförderung finanziert werden, in jeder Weise sehen lassen kann. Der Dank an Wilhelm Heitmeyer wäre allerdings nicht vollständig, würde man ihn nicht auf Peter Imbusch ausweiten, der als Koordinator des Forschungsverbundes immer wieder Zeit und Nerven investiert hat, den Verbund zusammen zu halten, alle Beteiligten immer wieder zu motivieren und deren Studien aufeinander abzustimmen.

Der Dank der Autoren gilt zudem Angela Kindervater, die als wissenschaftliche Mitarbeiterin das Projekt maßgeblich mitgestaltet hat, die zwar aus zeitlichen Gründen nicht als Autorin dieses Bandes fungieren konnte, deren Vorarbeiten aber wichtige Grund-

lagen für die Beiträge dieses Bandes darstellen. Vor kurzem hat Angela Kindervater (2007) aufbauend auf dem Datenmaterial der hier berichteten Studie ihre Dissertation zum Thema „Stereotype und Vorurteile: Welche Rolle spielt der Autoritarismus? Ein empirischer Beitrag zur Begriffsbestimmung" vorgelegt. Unser Dank gilt gleichermaßen Andreas Hadjar als intensivem Begleiter und Diskussionspartner über Jahre; Andreas Hadjar hat mit uns nicht nur diskutiert und für uns und mit uns Tagungsbeiträge zum Projekt erarbeitet, wir verdanken ihm auch den Text des sechsten Kapitels dieses Bandes, ohne den der Projektbericht eine schmerzliche Lücke hätte.

Dank schulden wir last but not least auch den studentischen Hilfskräften unseres Projekts, Lysann Braune, Katja Fehrmann (beide TU Chemnitz), sowie Przemysław Borkowski, Karol Tyszka und Marcela Fialová (alle International University Bremen).

Susanne Rippl, Dirk Baier und Klaus Boehnke
Im Herbst 2006

2. Die EU-Osterweiterung in der Rechtsextremismus- und Vorurteilsforschung

Die EU-Osterweiterung ist ein im Kontext der Rechtsextremismus- und Vorurteilsforschung relativ wenig beachtetes Gebiet. Das überrascht, da im Rahmen dieses sozialen und politischen Prozesses verschiedene Mechanismen in Gang gesetzt werden, die in der Rechtsextremismus- und Vorurteilsforschung als relevante Ursachen für die Entstehung rechter Orientierungen gesehen werden. Politischer und sozialer Wandel kann am Beispiel der EU-Osterweiterung quasi-„experimentell" betrachtet werden, da der Wandlungsprozess durch politischen Willen und Planung zu einem festgelegten Termin in Gang gesetzt wird. Faktoren, die im Zusammenhang mit sozialen Wandlungsprozessen diskutiert werden, wie Verunsicherung, Desintegration, potentieller Statusverlust sind Ursachenkomplexe, die auch im Rahmen verschiedener Ansätze der Rechtsextremismus- und Vorurteilsforschung diskutiert werden. Eine genauere Betrachtung der Rolle des sozialen Wandels in Erklärungsmodellen der Rechtsextremismus- und Vorurteilsforschung am Beispiel der EU-Osterweiterung soll daher im Zentrum dieses Kapitels stehen. Ausgangspunkt der Betrachtung ist ein kurzer Überblick über Wandlungsprozesse, die die EU-Osterweiterung mit sich bringt. Es folgt eine Einordnung des Phänomens in die Mikro-Makro-Problematik der Sozialwissenschaften unter Bezugnahme auf das Bedrohungskonzept wie es in der aktuellen Vorurteilsforschung (Stephan/Stephan 2000) thematisiert wird. In einem weiteren Abschnitt wird die Bedeutung des Bedrohungskonzepts für die Rechtsextremismus –und Vorurteilsforschung diskutiert; es wird diskutiert welche Beitrag das Bedrohungskonzept auf der einen und die traditionelle Rechtsextremismus- und Vorurteilsforschung auf der anderen Seite für die Analyse sozialer Wandlungsphänomene leisten. Abschließend werden Aspekte und Potentiale des interkulturellen Vergleichs im Kontext der Analyse der Folgen der EU-Osterweiterung diskutiert.

2.1 Wandlungsprozesse im Kontext der EU-Osterweiterung

Der soziale Wandel von Gesellschaften ist seit weit über 100 Jahren der wichtigste Gegenstand der Soziologie (vgl. Scheuch 2003). Feudalgesellschaften entwickelten sich zu Industrie- und diese seit einigen Jahren zu Dienstleistungs-, Informations- oder Wissensgesellschaften. Der damit verbundene Strukturwandel hat zahlreiche negative Effekte hervorgebracht. Gerade weil es die negativen Seiten des Wandels gab und weiterhin gibt, konnte die Soziologie ihre spezifische Perspektive entwickeln.

Im Mai 2004 wurde eine erneute Erweiterung der Europäischen Union vollzogen. Da es sich bei den zehn beigetretenen Ländern vornehmlich um ost- und südosteuropäische Staaten handelt, wird dieser Schritt auch als 'EU-Osterweiterung' bezeichnet. Beschleunigte

Prozesse des sozialen Wandels sind aktuell auch im Zuge dieser Erweiterung der Europäischen Union um zehn Länder (vornehmlich Osteuropas) zu erwarten (Baier et al. 2004). Dies betrifft in erster Linie die Beitrittsländer, die sich durch die Übernahme des *acquis communautaire* (Verträge und Gesetze der EU) in politischer und rechtlicher Hinsicht einem starken Konvergenzdruck ausgesetzt sehen. Daneben gilt dies aber ebenso für die bisherigen EU-Länder, in denen sich die Bedingungen nationalstaatlichen Handelns verändern werden – besonders im Bereich der Wirtschaft. Für diesen Bereich ist zudem in der letzten Dekade eine unter dem Schlagwort Globalisierung bekannt gewordene Entwicklung festzustellen: Die internationale Unternehmensverflechtung und Arbeitsteilung lässt das Agieren in den Grenzen des Nationalstaates als Anachronismus erscheinen und erschwert die Lösung dringlicher gesellschaftlicher Probleme. Obwohl sich die Soziologie mit der Globalisierung in sehr vielfältiger Weise auseinandersetzt (vgl. Junge 2001), ist die Europäische Union und ihre Erweiterung soziologisch kaum ein Thema (vgl. Bach 2001), was daran liegen dürfte, dass die soziale Relevanz dieses Projekts unterschätzt wird.

Die EU-Osterweiterung hält verschiedene Herausforderungen bereit: *Demographisch* betrachtet sind insgesamt über 70 Millionen Menschen der Union beigetreten; *wirtschaftlich* handelt es sich dabei durchweg um Länder, deren Wertschöpfung noch weit unter den bisher schwächsten EU-Ländern liegt (vgl. Piazolo 2002), die den Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft noch nicht vollzogen haben und in denen eine relativ hohe Arbeitslosigkeit herrscht (vgl. Axt 2003; Dauderstädt 2003; Eltges 2003). In politischer Hinsicht treten Länder mit einer vergleichsweise kurzen demokratischen Tradition bei, was u.a. eine hohe Regierungs-Instabilität und eine überhöhte Wertschätzung der eigenen Nation einschließt (vgl. Ismayr 2004; Pickel 2003; Pollack 2003). Kulturell werden Länder integriert, die in ihrer Geschichte, Tradition und Mentalität vom modernen westlichen Typus abweichen, was sich u.a. recht deutlich bei Einstellungen zur Familie und zur Rolle der Frau zeigt (vgl. Gerhards/Hölscher 2003; Steinitz 2001). Die EU-Osterweiterung führt also Länder zusammen, die in ihrem Status höchst unterschiedlich sind. Die mit der Aufnahme neuer Mitglieder in die EU verbundenen Prozesse des Wandels etablierter Gruppengrenzen oder der Veränderung vorhandener ökonomischer und politischer Ressourcenverteilung sind Auslöser von großen Verunsicherungen in der deutschen Bevölkerung (Eurobarometer 2002; Institut für Demoskopie Allensbach 2004).

Sozialer Wandel, wie er durch die Osterweiterung forciert oder ausgelöst wird, verändert die bisherigen Verhältnisse auf drei unterscheidbaren Ebenen: Betroffen sind die gesellschaftlichen Strukturen, die sozialen Identitäten und die persönlichen Lebensumstände. Ein Blick auf ausgewählte statistische Indikatoren macht die *strukturellen Herausforderungen* sofort deutlich: Steigende Arbeitslosenzahlen, zunehmende Einkommens- und Vermögensungleichheit, Zunahme an bestimmten Arten der Kriminalität, interethnische Spannungen usw. sind bereits heute in vielen der bisherigen EU-15-Länder ein Problem, mit der Erweiterung wird eine Verschärfung dieser Situation erwartet. Gleiche, teilweise noch drastischer ausfallende Verhältnisse sind auch in den Beitrittsländern zu beobachten: Erwähnt seien nur Arbeitslosenquoten und Beschäftigungsanteile in der Landwirtschaft von bis zu 20 Prozent (vgl. Weiß 2004). Der Bevölkerungszuwachs der mittlerweile vierten Erweiterung liegt in einem Bereich, wie er anteilsmäßig nur durch die erste Erweiterung der EU 1973 um Dänemark, Irland und Großbritannien erreicht wurde. Mit diesem

war aber zugleich eine deutliche Anhebung des Bruttosozialprodukts um 29 Prozent verbunden, da wirtschaftlich leistungsstarke Länder beitraten. Der wirtschaftliche Zuwachs beträgt bei der anstehenden Erweiterung aber gerade einmal 9 Prozent, das Bruttosozialprodukt pro Kopf geht zurück (vgl. Piazolo 2002). Legt man die bisherigen Kriterien der EU zur Definition wirtschaftsschwacher Gebiete an, dann verdoppelt sich im Zuge der Erweiterung die Anzahl an rückständigen Regionen („less-favoured regions"), was enorme Haushaltsprobleme nach sich zieht (vgl. Heidenreich 2003; Rothacher 2004). Diese wenigen Indikatoren verdeutlichen, dass die gesamte Union in ihrer bisherigen Struktur infolge der Aufnahme der osteuropäischen Länder vor großen Herausforderungen steht. Interne Verteilungs- und Machtkämpfe dürften das Ansehen der EU nicht nur nach außen, sondern auch nach innen, d.h. bei den eigenen Bürgerinnen und Bürgern schädigen.

Gerade bei diesen selbst scheint das Projekt eines gemeinsamen Europas bislang nicht wirklich angekommen zu sein. Ihm haftet nach wie vor das Etikett an, dass es von und für Eliten gemacht ist und damit nur die Köpfe weniger und die Herzen einer noch geringeren Anzahl von Menschen wirklich erreicht. Die Entwicklung einer europäischen Identität, die eine notwendige kulturelle Ergänzung zur wirtschaftlichen und politischen Integration darstellt und Ausdruck der affektiven und kognitiven Zustimmung zur Europäischen Union ist, macht seit geraumer Zeit kaum noch Fortschritte, stattdessen scheinen nationale und regionale Identitäten wieder zu erstarken (vgl. Westle 2003). Die Chancen auf die Ausbildung einer gemeinsamen europäischen Identität stehen durch die Aufnahme von zehn weiteren Ländern, in denen oftmals ein ausgeprägter Nationalstolz Tradition hat, nicht gerade zum Besten.

Im konkreten sozialen Zusammenleben vor Ort könnte sich die jüngste Erweiterungsrunde durchaus in *Angst und Desintegration* niederschlagen. Wandel wird von wenigen Menschen hoffnungsfroh erlebt, weil er in erster Linie bisherige Traditionen und Routinen entwertet und Neuorientierungen notwendig macht. Befunde zu den Ursachen sozialer Probleme wie Gewalttätigkeit und Rechtsextremismus verdeutlichen, dass es nicht immer auf den objektiven Realitätsgehalt von Konfliktkonstellationen ankommt, sondern darauf, wie Menschen die Realität wahrnehmen und interpretieren. Als bedrohlich wahrgenommene Veränderungen sind dann eine Legitimierung dafür, partikularistische, antidemokratische Einstellungen auszubilden, die sich auch in entsprechenden Handlungen niederschlagen können. Einerseits kann der bestehende Ausschluss aus einem oder mehreren Lebensbereichen (Arbeitsmarkt, politische Mitgestaltung usw.) dafür verantwortlich sein, dass die Erweiterung ausschließlich als Bedrohung wahrgenommen wird; andererseits kann es entsprechend den erwähnten strukturellen Veränderungen zu weiteren Ausschließungen kommen. Beispielsweise steht die Gefahr im Raum, dass sich die Zugangsbeschränkungen zum Arbeitsmarkt verschärfen. Zugleich ist die weiter wachsende Brüsseler Bürokratie für manchen Bürger ein Grund, sich aus der politischen Mitgestaltung ganz zurückzuziehen.

All diese Phänomene illustrieren die sozialen Implikationen der Osterweiterung und nötigen in ihrer hier bewusst gewählten negativen Formulierung dazu, sich auch soziologisch mit diesem Prozess auseinander zu setzen. Die Erweiterung ist kein Selbstläufer in Richtung Integration, wie dies verschiedene, meist politikwissenschaftliche Veröffentlichungen Glauben machen möchten; sie hat auch 'Desintegrationspotenzial'.

2.2 Sozialer und politischer Wandel als Mikro-Makro-Problem

Theoretisch betrachtet sind sozialer und politischer Wandel Phänomene, die soziologisch betrachtet der Makroebene zuzuordnen sind. Aktuelle Ansätze der Rechtsextremismus- und Vorurteilsforschung befassen sich allerdings primär mit Problemen und Zusammenhängen, die der Mikroebene zuzurechnen sind (Sozialisationsprozesse, Anerkennungsprozesse, Deprivationserfahrungen). Sie sind zwar häufig theoretisch locker mit Einflüssen der sozialen Rahmenbedingungen – also der Makroebene – verknüpft, diese spielen aber spätestens bei der empirischen Prüfung keiner Rolle mehr. Aber gerade in der Analyse sozialer Rahmenbedingungen liegen die Anknüpfungspunkte, die der Schlüssel für die Analyse kollektiver Phänomene sind. Nur die Betrachtung soziale Rahmenbedingungen ermöglicht es, kollektive Entwicklungstrends in der Ausprägung von rechtsextremen Orientierungen zu erklären. Gleichzeitig müssen diese sozialen Rahmenbedingungen mit sozial- und persönlichkeitspsychologischen Aspekten verknüpft werden, um interindividuelle Unterschiede erklären zu können. Die Problematik der Mikro-Makro-Verknüpfung ist in der Rechtsextremismus- und Vorurteilsforschung ein weitgehend vernachlässigtes Gebiet; die soziologische und die sozialpsychologische Forschung zeigen überraschend wenig Überschneidungen und auch wenig Bezüge zur Thematik des sozialen Wandels. Die scheinbar unterschiedlichen Perspektiven lassen sich bereits an den Begrifflichkeiten erkennen, spricht man in der soziologischen Forschung eher von Rechtsextremismusforschung, begrifflich anknüpfend an gesellschaftliche Probleme, so dominiert in der Sozialpsychologie eine primär individualistisch geprägte Sicht, die unter den Oberbegriff der Vorurteilsforschung gefasst wird.

Hinsichtlich der Makro-Mikro-Verbindung sind mehrere Probleme von theoretischer Bedeutung, und zwar zum einen die Frage, wie sich die soziale Situation (Makroebene) auf die Wahrnehmung der Akteure (Mikroebene) auswirkt, und zum anderen, wie die Reaktion der Akteure (Mikroebene) mit kollektiven Entwicklungen in Verbindung zu bringen ist? Bettet man Beides in ein Modell der soziologischen Erklärung ein, wie es u.a. Esser (1999) favorisiert, lassen sich die beiden Grundprobleme folgendermaßen lokalisieren. Die *Logik der Situation* bezieht sich auf den Zusammenhang zwischen sozialer Struktur bzw. gesellschaftlichen Bedingungen und der Wahrnehmung dieser durch die Akteure. Hier wäre die Frage zu verorten: Wie wirkt sozialer Wandel auf die Akteure? Wie nehmen die sozialstrukturell unterschiedlich verorteten Akteure die EU-Osterweiterung wahr; als relevant oder irrelevant für ihr Leben, als Chance, als Verunsicherung oder als Bedrohung? Welchen Einfluss haben unterschiedliche Rahmenbedingungen auf diese Bewertungsprozesse? Die *Logik der Selektion* umfasst die Prozesse auf der Individualebene, die die individuelle Form der Verarbeitung dieser Wahrnehmung darstellen. Hier sind die Fragen zu verorten: Wie gehen die Akteure mit der Wahrnehmung z.B. von Verunsicherung oder Bedrohung um? Neigen sie zu problematischen Bewältigungsstrategien („Coping") etwa in Form einer Orientierung an rechten Einstellungen oder einer negativen Bewertung der Fremdgruppe ‚Bürger der Beitrittsländer'. Warum neigen sie zu dieser Art des Copingverhaltens? Im letzten Schritt geht es dann um die Frage, wie aus individuellem Verhalten kollektive Entwicklungen werden. Den Zusammenhang zwischen dem individuellen Copingverhalten der Akteure und kollektiven Ergebnissen bezeichnet die *Logik der Aggre-*

gation. Hier geht es unter anderem um die Frage: Kommt es zu einer quantitativ bedeutsamen Mobilisierung rechter Einstellungen durch die EU-Osterweiterung?

In persönlichkeits- und sozialpsychologischen Theorien der Vorurteilsforschung finden sich disziplintypisch kaum Ansatzpunkte zur Mikro-Makro-Verbindung, diese Theorieansätze beschäftigen sich schwerpunktmäßig mit der *Logik der Selektion*. Im Kontext der sozialpsychologischen Forschung dominieren Intergruppenansätze (Hewstone 2004), die sich auf individuelle Wahrnehmungen und Bewertungen von Gruppenkonstellationen beziehen und somit Aspekte der Meso-Ebene einbeziehen. Dies geschieht allerdings weniger auf der Ebene der Explikation der Logik der Situation, es werden vielmehr Basisprozesse der Wahrnehmung von Intergruppenbeziehungen betrachtet.

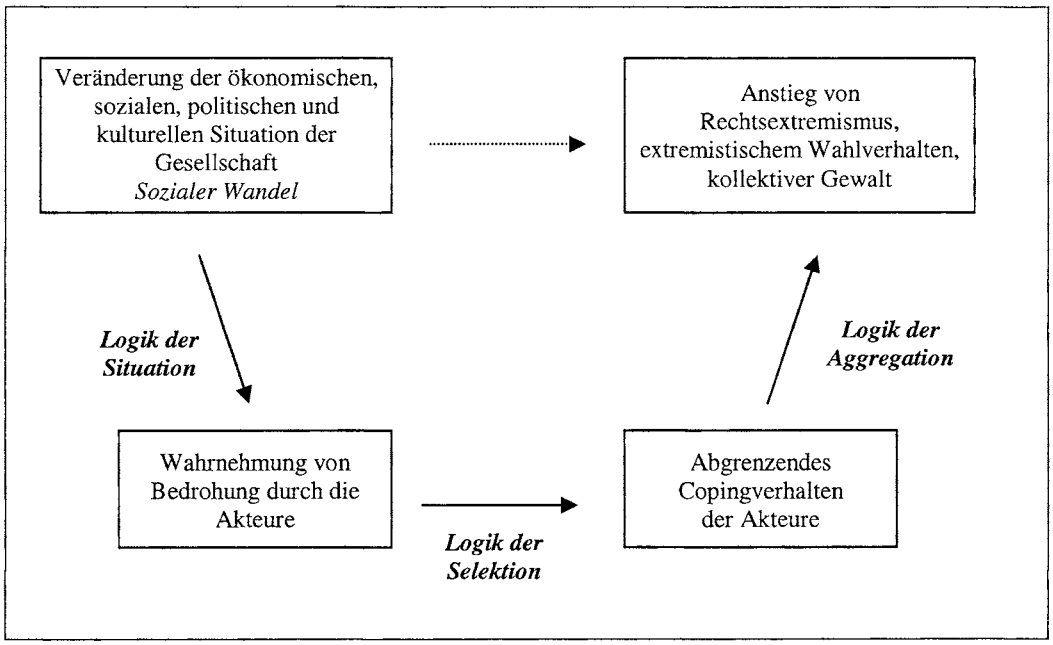

Abbildung 1: Die soziologische Erklärung in der Rechtsextremismus- und Vorurteilsforschung

Aber auch in der soziologischen Rechtsextremismusforschung beziehen sich viele theoretische Ansätze primär auf die Logik der Selektion, so etwa sozialisationstheoretische Überlegungen (Adorno et al. 1950; Hopf 2000; Oesterreich 2000), aber auch das Gros der deprivationstheoretischen Arbeiten (Rippl/Baier 2005; Walker/Smith 2002). Allerdings weisen diese Theorien zumindest implizit häufig Überlegungen auf, die sich auf makrostrukturelle Rahmenbedingungen beziehen, die dann allerdings in den empirischen Analysen häufig weitgehend vernachlässig werden. Theoretisch stärker betont wird der Zusammenhang zur Makroebene in theoretischen Ansätzen, die unter dem Label ‚Modernisierungstheorie' zusammengefasst werden. Hier finden sich mehr oder weniger explizite Brückenhypothe-